

Antragsheft 2

Landesparteitag DIE LINKE

5.12.2020 Filderhalle Leinfelden

Änderungsanträge zum Wahlprogramm 2021

Ä1 Zeile 724 Ökologische Regionalplanung

Zeilen 724 bis 741

Abschnitt " 3.2 Bundesweite Regionalplanung - Flächenschutz im Land" ersetzen durch:
 Baden-Württemberg treibt unter dem Vorzeichen des Wettbewerbs die Konzentration von Kapital und Wirtschaft im Südwesten damit eine ungleiche Regionalentwicklung voran. Diese äußert sich in Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Armut in den Verliererregionen in Deutschland und der gesamten Eurozone. Wachsender öffentlicher Armut, die viele Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge unfinanzierbar macht und die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit verstärkt. Wachsenden Metropolregionen mit zunehmender sozialer Spaltung, steigende Mieten und Wohnungsmangel, sinkender Lebensqualität und verbrauchten Ressourcen.
 Gerade unter einem grünen Ministerpräsidenten ist das Land in Sachen Flächenschutz kein Vorbild. Bei weithin sichtbarem Flächenverbrauch nach Laissez-Faire-Art ist das Ziel der Netto-Null verfehlt. Völlig ungerührt von regionalen Erfordernissen werden selbst an kleine Orte riesige Gewerbe- und Industriehallen ohne Rücksicht auf Verkehrswege und Verfügbarkeit von Arbeitskräften auf fruchtbare Äcker und Wiesen gesetzt, Landschaft hemmungslos verunstaltet.
 Durch den innereuropäischen Wanderungsdruck in die Metropolregionen wird auch vor Oasen wie Kleingärten für neue Wohnquartiere nicht Halt gemacht. Mitten in der Ökokrise werden immer noch gut strukturierte Gewanne mit Streuobstwiesen vermeintlichen Sachzwängen, neuen Stadtteilen geopfert. Wir brauchen die endliche Ressource Boden für den Wasserhaushalt, Klima, Lebensraum und Landbewirtschaftung. Sie zu schützen bedeutet die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu erhalten, planetare Grenzen anzuerkennen.
 Alle Beteuerungen zur Innenentwicklung und maßvoller Umgang mit Grund und Boden sind in der kommunalen wie auch Landesverwaltung hohle, sich nicht in der Praxis spiegelnde Versprechen. Eine marktkonforme Kommunalpolitik treibt die Kommunen zum Totsparen und in den Wettlauf zur Gewinnung von Unternehmen. Unter der Direktive der Wirtschaft ist dann schnell Schluss mit der Bürgerbeteiligung, um die Steuereinnahmen zu erhöhen.
 Dagegen braucht es Regulierungen, Maßnahmen und eine polyzentrische Siedlungsstruktur mit ausreichender Daseinsvorsorge, um den weiteren Zuwachs an Wirtschaft in die Metropolregionen und das Land insgesamt zu begrenzen. Wir brauchen Elemente einer neuen Investitionslenkung, die eine solidarische Regionalentwicklung ermöglicht. Die bisherige Investitionslenkung ist extrem unternehmerfreundlich und teuer. Günstiger ist eine "negative Subventionierung" bei der Investitionen in Boomregionen verteuert und begrenzt werden:

- Wir wollen eine straffere Anwendung übergeordneter Normen wie Artikel 20a Grundgesetz, der Legislative und Exekutive verpflichtet, Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu schützen. Ziel ist eine nachhaltige, intergenerationale Bauleitplanung seitens der Fachaufsicht. Das Ziel der Raumordnung muss in der Stärkung strukturarmer Räume liegen.
- Steuererleichterungen für Unternehmensgründungen in den Regionen.
- Räumlich stärker verteilte Produktions- und Dienstleistungsstandorte mit Digitalisierung.
- Erhöhung der Gewerbesteuern für die Boomzentren, Kopplung an die Beschäftigungsquote.

Bisherige Steuersätze entfalten nicht die Lenkungswirkung.

- Alternativ könnte ein Umlageverfahren analog dem Länderfinanzausgleich geschaffen werden. Boomstädte müssen Mehreinnahmen an Kommunen und Regionen mit niedrigerer

Gewerbesteuer abführen.

Begründung:

Dieser Textvorschlag ist der ursprüngliche, welcher sich aus der Konferenz im August zum Wahlprogramm ergab. Er hat insbesondere den Anspruch, den Blick über Baden-Württemberg hinaus zu heben. Einen Ausgleich der Entwicklung im Sinne einer ausgewogenen Regionalplanung braucht es nicht nur zwischen prosperierenden Städten und weniger gut dastehenden ländlichen Regionen im Land, sondern vielmehr bundeslandübergreifend in der Bundesrepublik und im Haus Europa. Die gekürzte Fassung beschränkt die Sicht auf Baden-Württemberg. Die Probleme, welche Ba-Wü mit der Konzentration von Wirtschaft und Kapital andernorts produziert und mit dem Druck auf Ressourcen, Wohnungsmarkt und Lebensqualität im Land schafft, werden nicht erschlossen. Es geht nicht darum, dass innerhalb Baden-Württembergs Gewerbehallen und Industrie von Metropolregionen aufs Land verlagert werden. Dieses introvertierte Denken auf eigene Lebensverhältnisse ist das Niveau von CDU und SPD. Die LINKE muss solidarisch und ökologisch über den Tellerrand blicken.

Der Flächenfraß hat aber längst vermeintlich ländliche, ohne Reflexion zur Gegenwart immer noch als unterentwickelt eingestufte Regionen im Land erreicht. Der ursprüngliche Text greift die Laissez-Faire Art unter dem gar nicht so grünen Ministerpräsidenten an. Der Text thematisiert, dass unter dem herrschenden neoliberalen Wettbewerb und vermeintlichen Sachzwängen alles untergeordnet wird. Baden-Württemberg muss einsehen, dass Grenzen erreicht sind und sich die Wirtschaftsweise vor allem im Land den Grenzen anpassen muss. Ba-Wü muss abgeben lernen, wenn Städte in anderen Gebieten der Bundesrepublik veröden.

Blickt man z.B. auf das angeblich leere Hohenlohe fressen sich private Flugplätze und Hallen der kleinen Weltmarktführerherrscher ins Land. Kindergärten werden mit Logistikzentren finanziert (ECE-Logistik Möckmühl). Lidl/ Kaufland was nicht mehr als ein schnöder Einzeländler ist, kann grad so hindeuten wo der nächste IT-Campus oder Zentrale hinkommt. Im Zabergäu/ Landkreis Heilbronn will man mit 3 Feuerverzinkereien in einem Tal (3. Fabrik mitten auf Radweg und in Nähe eines Bachs geplant) Gerüste aus eigenem regionalen Anbau kaufen. Da läuft viel falsch.

Der vorgelegte Text enthält in Spiegelstrichen strukturiert eine paar Lösungsansätze mehr als die gekürzte Fassung. Insbesondere wird eine straffere Anwendung der gesetzlichen Normen zum Schutz der Lebensgrundlagen gefordert, konkretisiert welche fiskalischen Maßnahmen zu einer negativen Investitionslenkung vorgeschlagen werden und was räumlich verbessert werden kann.

Zur Innenentwicklung, nachhaltigen Entwicklung ohne Zugriff auf weitere Außenbereiche, Felder, Wiesen, Erholungsräume und Kleingärten (Bspl Freiburg) hat das Wahlprogramm in den Kapiteln 1 (sozial-ökologische Zukunft), 2 (Soziale Städte und Lebenswerte Orte), 3 (Kernkapitel Ökologie) und 8 (Wirtschaft) Lösungsansätze.

LAG Ökologische Plattform

Matthias Böhringer (LINKE Zabergäu, LAG Ökologische Plattform),

Wolfgang Kämmerer (Sprecher LAG Ökologische Plattform)

Ä2 Zeile 1250 Infektionsschutz im Unterricht

Ergänze als 4. Forderungspunkt in Zeile 1250

- Infektionsschutz im Präsenzunterricht gewährleisten: Luftfilter und Plexiglaswände in allen Klassenräumen; halbierte Klassen und Wechselbetrieb ab Pandemiestufe 3; FFP-2-Masken für alle Lehrer*innen; zusätzliche Unterrichtsräume mit geeigneter Ausstattung nach lokal gegebenen Möglichkeiten anmieten. Auch leerstehende Kultur- und Universitätsräume können sich für den Schulunterricht eignen; höhere Taktung auf Schulstrecken im ÖPNV zu unterrichtsbedingten Stoßzeiten; Antigen-Schnelltests, um die Teilnahme unerkannt Kranker am Unterricht auszuschließen.

Begründung:

Noch vor Winterbeginn (Stand 11.11.2020) befinden sich 300.000 Schüler*innen bundesweit in Quarantäne und immer mehr Schulen müssen schließen. Gleichzeitig wird regelmäßiges Lüften aufgrund fallender Temperaturen immer mehr zur Tortur. Es ist richtig, dass dieses Schuljahr wieder mehr auf Präsenzunterricht gesetzt wird. Problematisch ist aber, dass Kultusministerin Eisenmann keine ausreichenden Schutzmaßnahmen getroffen hat, um Schüler*innen und Lehrer*innen vor Covid-19-Infektionen zu schützen. Dies kritisieren auch verschiedene Verbände, die GEW und der Landeselternbeirat.

Zum ursprünglichen Zeitpunkt der Erstellung des Bildungskapitels war die Brisanz des Themas noch nicht abzusehen.

Alexander Hummel, Nadia Slim

Ä4 Zeile 129 Keine Produktion für Profit

ab zweitem Satz bis Zeile 131 ersetzen durch:

DIE LINKE steht für die Abschaffung der Produktion für den Profit und für eine Produktion und den Einsatz der Ressourcen nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt. Statt Konkurrenzkampf wollen wir Kooperation und demokratische Planung. Statt Fremdbestimmung wollen wir Selbstorganisation, Selbstermächtigung und Selbstbestimmung.

Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster, Ansprechpartnerin: Ursel Beck

Ä5 Zeile 173 bis 175 Rekommunalisierung / Vergesellschaftung

ersetzen durch:

Wir fordern die Rekommunalisierung von Krankenhäusern, die Enteignung der Immobilienkonzerne und die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle.

Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster, Ansprechpartnerin: Ursel Beck

Ä6 Zeile 191/2 Frei von CO2 und Kapitalismus

Als LINKE wollen wir die Abschaffung des Kapitalismus als Voraussetzungen für CO2-neutrale, nachhaltige und sozial gerechte Produktion.

Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster, Ansprechpartnerin: Ursel Beck /

Ä7 Zeile 238 Umverteilung

nach dem Wort „Anerkennung“ ergänzen: Ehrenamt und Almosen sind keine Lösung. Wir brauchen eine Gesellschaft in der der gesellschaftliche Reichtum so verteilt ist, dass Tafeln und Kleiderkammern gar nicht erst nötig sind.

Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster, Ansprechpartnerin: Ursel Beck /

Ä8 Zeile 256 Keine Zwischenschritte zu kostenfreiem ÖPNV

zweiter Satz streichen.

Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster, Ansprechpartnerin: Ursel Beck /

Ä9 Zeile 266 5 Euro Kaltmiete

ergänzen: Wir wollen die konsequente Bekämpfung des Leerstands, den Bau von Wohnungen durch die Kommunen mit 5 Euro Kaltmiete und die Absenkung der Mieten durch eine reglementierte und kontrollierte Kostenmiete.

Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster, Ansprechpartnerin: Ursel Beck /

Ä10.1 Zeile 279 1.050 Euro im Monat

einfügen: in Höhe von 1.050 Euro im Monat für Erwachsene 564 Euro für jedes Kind.

Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster, Ansprechpartnerin: Ursel Beck /

Ä10.2. Nach Zeile 998 mehr Lohn für Pflegekräfte

Im Anschluss einfügen:

500 Euro mehr Lohn für alle Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen

Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster, Ansprechpartnerin: Ursel Beck /

Ä11 Zeile 999 solidarische Finanzierung der Krankenhäuser

Ändern in:

Eine solidarische Finanzierung: Abschaffung der Fallpauschalen die die Krankenhäuser in eine Wettbewerbslogik treibt und unnötige Operationen und Behandlungen auf der einen Seite und Unterversorgung auf der anderen Seite bewirken.

Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster, Ansprechpartnerin: Ursel Beck /

Ä12 Zeile 1005 Pharmakonzerne verstaatlichen

zweiten Satz ändern: Die Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten als auch die Produktion von medizinischen Geräten und Instrumenten muss in die öffentliche Hand. Die Pharmakonzerne müssen verstaatlicht werden.

Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster, Ansprechpartnerin: Ursel Beck /

Ä13 Zeile 1092 Aufwertung Pflege

Ergänzen: Wir fordern eine deutliche Aufwertung des Pflegeberufs um mindestens 500 Euro.

Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster, Ansprechpartnerin: Ursel Beck /

Ä14 Zeile 1108 Grundvergütung Pflege

ersetzen durch:

wir fordern eine Erhöhung der Grundvergütung von Pflegekräften um 500 Euro.

Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster, Ansprechpartnerin: Ursel Beck /

Ä15 Zeile 1110 Pflegeheime in öffentliche Hand

Einfügen: Private Pflegeheime müssen in öffentliches Eigentum überführt werden

Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster, Ansprechpartnerin: Ursel Beck /

Ä16 Zeile 1520/21 Mindestlohn und Arbeitszeit

ab zweitem Halbsatz ändern in:

eine Anhebung des Mindestlohns auf 13 Euro sowie eine Reduktion der Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster, Ansprechpartnerin: Ursel Beck /

Ä17 Zeile 807 Streichung

Zeilen 807 und folgende:

Satz "Die Kommunen dürfen dabei nicht alleine gelassen werden" streichen

Begründung:

Die kommunalen Ebenen sind bundesrechtlich überhaupt nicht originäre Aufgabenträger für die Bestellung des Schienenpersonennahverkehrs SPNV (definitionsgemäß der Nahverkehr im Rechtsbereich des Allgemeinen Eisenbahngesetzes AEG). Dies sind die Länder, was der derzeitigen Landesregierung in Baden-Württemberg auch durchaus bewusst ist, so dass die Kommunen tatsächlich "dabei nicht alleine gelassen werden". Problematisch sind jedoch die dagegen enormen Angebotsdefizite in jenen (ländlichen) Bereichen, wo es gar keine Eisenbahninfrastruktur (mehr) gibt, denn Aufgabenträger für den Öffentlichen Personennahverkehr ÖPNV auf der Straße (Rechtsbereich des Personenbeförderungsgesetzes PBefG) sind in der Tat die Landkreise und kreisfreien Städte. Außerdem fragwürdig ist die Inanspruchnahme der teilweise erheblichen Kofinanzierungsmittel von Land und Kreisen für die Modernisierung der zuvor jahrzehntelang vernachlässigten – in der Regel bundeseigenen – Eisenbahninfrastruktur bei Bauprojekten wie beispielsweise "Breisgau-S-Bahn 2020", die eine Angebotsverbesserung des SPNV erst ermöglichen sollen. Diese beiden genannten Problemlagen werden jedoch durch den zu streichenden Satz gar nicht erfasst!

KV Breisgau-Hochschwarzwald

Antrag wird voraussichtlich eingebracht von Moritz Kenk

Ä18 Zeile 825f. Straßenbezeichnungen

"Landesstraßen" ersetzen durch "Straßen ohne getrennte Richtungsfahrbahnen außerhalb geschlossener Ortschaften" und "30 km/Stunde in den Städten" ersetzen durch "30 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften"

Begründung:

Die hier genannten Begriffe aus der Straßenverkehrsordnung StVO sind vermutlich im Programmentwurf tatsächlich gemeint? Der Rechtsbegriff "Landesstraßen" umfasst jedoch (nur) Straßen, die in der Baulast des Landes liegen, im Unterschied etwa zu Bundes- oder Kreisstraßen. Und auch der Einsatz für eine Ausweitung von "Tempo 30" sollte doch wohl nicht nur für Gemeinden mit Stadtrecht gelten, oder? Grundsätzlich gilt jedoch auch für diese Forderungen das im Änderungsantrag XXXX gesagte ebenfalls:

wir sollten nicht den Eindruck erwecken, hier im Land bundesrechtliche Regelungen grundsätzlich ändern zu können, es sei denn über den Anstoß von Bundesratsinitiativen! Und selbst für "seine Landesstraßen" kann Baden-Württemberg eben keine "eigene" StVO erlassen...

KV Breisgau-Hochschwarzwald

Antrag wird voraussichtlich eingebracht von Moritz Kenk

Ä19 Zeile 260 Keine Opposition

Das Wort „Opposition“ durch „Landtagsfraktion“ ersetzen.

Begründung:

Wir wollen eine neutrale Formulierung, die mit der Wahlstrategie übereinstimmt. Eine Festlegung auf die Opposition im Voraus lehnen wir ab. Wir wollen die Wähler mit Sachpolitik von uns überzeugen und nicht mit Verbalradikalismus.

KV Breisgau-Hochschwarzwald /Antrag wird voraussichtlich eingebracht von Moritz Kenk

Ä20 Zeile 1053 Öffentlicher Gesundheitsdienst

Ergänzung Zeile 1053:

Die aktuelle Corona-Pandemie hat die Defizite des öffentlichen Gesundheitsdienstes schonungslos offengelegt. Der öffentliche Gesundheitsdienst verfügt über so wenig Fachpersonal, dass er mit den vielfältigen Herausforderungen einer Pandemie sichtlich überfordert ist. Gerade der öffentliche Gesundheitsdienst könnte aber bei verbliebener früherer Leistungsfähigkeit, wesentliche Gesundheitsaspekte in das tägliche Leben der Kinder und ihrer Familien integrieren und präventive Initiativen in Gang setzen. Das ist politisch zumindest bisher nicht gewollt und wird so gehandhabt, dass soziale Lebenslage, Gesundheit und frühkindliche Bildung von Millionen benachteiligten Kindern unzureichend bleibt.

KV Breisgau-Hochschwarzwald / Antrag wird voraussichtlich eingebracht von Moritz Kenk

Ä21 Zeile 1175 Kinderrechte

Ergänzen nach „...Kinderrechte ein.“:

und befürworten deshalb entschieden die Einfügung der UN-Kindrechte ins Grundgesetz.

KV Breisgau-Hochschwarzwald / Antrag wird voraussichtlich eingebracht von Moritz Kenk

Ä22 Zeile 704 Wasserstoffnetz

hinzufügen: „Die Forschung von Wasserstoffsystemen, als regenerative Speicher- und Antriebsmöglichkeit muss stärker gefördert werden. Hierfür benötigt es auch den Aufbau eines zukunftsfähigen Wasserstoffnetzes.“

Begründung: Eine der Größten Herausforderungen der Energiewende liegt in der Speicherung. So können z.B. Windkraftanlagen nur in Kombination mit einem regenerativen Speicherkonzept wie der Redox-Flow-Batterie effektiv zur Energiewende beitragen.

Emanzipatorische Linke, Antrag wird voraussichtlich eingebracht von Alexandria Dritschler

Ä23 Zeile 704 regenerative Energiesystem

„Investiert werden soll nur noch in regenerative Energiesysteme.“ ersetzen durch:

„Gefördert werden sollen in erster Linie regenerative Energiesysteme wie z.B. der Ausbau des Solarstroms, der Solarthermie und der Geothermie. Zudem braucht es einen Ausbau nachhaltiger Energiespeichermethoden wie z.B. Wasserspeicher und ein Förderkonzept für dezentrale Speichermöglichkeiten wie z.B. Redox-Flow-Batterien.“

Begründung: das Programm ist zu unkonkret mit der Frage was genau gefördert werden soll. Neben dem Solarstrom ist auch die Solarthermie ein wichtiger schritt zur dezentralen Energieversorgung. Eine der Größten Herausforderungen der Energiewende liegt in der Speicherung. So können z.B. Windkraftanlagen nur in Kombination mit einem regenerativen Speicherkonzept wie der Redox-Flow-Batterie effektiv zur Energiewende beitragen.

Emanzipatorische Linke, Antrag wird voraussichtlich eingebracht von Alexandria Dritschler

Ä24 Zeile 10 Titel

einfügen: [als Titel] „Für Mensch und Natur statt für Profit!“

AKL, Werner Ott wernerott@posteo.de

Ä25 Zeile 16 Eine sozialistische Welt

ersetzen: „alle Menschen... teilhaben können.“ durch:
 „Eine andere Welt ist nötig – eine sozialistische Welt ist möglich.“
 AKL, Werner Ott

Ä26 Zeile 25 Kurzarbeit streichen

streichen: „Wir fordern deswegen Kurzarbeit statt Entlassung.“
 AKL, Werner Ott

Ä27 Zeile 36 Autokonzerne in öffentliches Eigentum

Zeile 36 (Mitte) – 38 (Mitte) ersetzen: „Statt die Krise... fest.“ durch
 „Stattdessen unterstützen die grün-schwarze Landesregierung und die Große Koalition in Berlin ein von den Profitinteressen der Autoindustrie bestimmtes Verkehrssystem. Wir fordern die Überführung der Autokonzerne in öffentliches Eigentum und zugleich die Entwicklung eines Plans zur Konversion für die Herstellung von Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs und anderer gesellschaftlich sinnvoller Produktion. Für alle Beschäftigten muss es eine Beschäftigungsgarantie geben.“
 AKL, Werner Ott

Ä28 Zeile 84 ersetzen durch: Druck auf der Straße

"Aber ein frischer Wind im Landtag kann erst dann kräftig wehen, wenn er vom Druck der Straße angetrieben wird. Deshalb müssen wir vor allem außerhalb des Parlaments Druck machen und gemeinsam hier für unsere Forderungen eintreten.
 Denn wir wissen: Veränderungen, gar einen Systemwechsel für Mensch und Klima, erreichen wir nicht über Mehrheiten in den Parlamenten, sondern nur durch machtvolle Bewegungen für unsere existentiellen Interessen.
 Liebe Wählerinnen und Wähler, wir bitten daher um euer Vertrauen, eure Stimmen - und euer Engagement!"

Begründungen zu den Anträgen (Ä23) bis (Ä27):

Es ist nicht leicht eine alle zufriedenstellende Einleitung zu schreiben. Es steht viel Richtiges da und deswegen sollen aus unserer Sicht nur Akzente gesetzt und Orientierungen angegeben werden – im Sinne einer „revolutionären Realpolitik“, die Arbeit für Verbesserungen im System und für den Bruch mit dem System dialektisch verbindet.

Aber da wohl viele Menschen nur wenig mehr lesen als die Einleitung, sollte sie Grundsätzliches enthalten, Einzelheiten weglassen und vor allem prägnant sagen, was wir wollen. Dem dienen die Anträge (23) und (24) und (25). Der einleitende Satz ist zu unverbindlich für die LINKE. (Er könnte so auch in einem SPD-Dokument stehen.)

Antrag (Ä26) geht deutlich in Opposition zur Landesregierung und nennt das strategische Ziel für eine sozialistische und ökologische Politik im „Autoland“ Baden-Württemberg: Autoindustrie in öffentliches Eigentum!

Antrag (Ä27) schließlich weist auf den notwendigen Vorrang von außerparlamentarischer Arbeit hin, die parlamentarische Arbeit unbedingt zu ergänzen hat; denn nur so kann erfolgversprechender Druck aufgebaut werden, wenn Menschen miteinbezogen und zur Selbsttätigkeit ermuntert werden und sich nicht – und dies ist auch eine strukturelle Gefahr für die LINKE – die „stellvertretende“ Arbeit in den Parlamenten verselbständigt.

Nur der Aufbau von Gegenmacht wird uns unseren Zielen näherbringen (und uns selber einigermaßen vor den Verfolgungen unserer Gegner schützen!)

Dazu ein Zitat aus dem Parteiprogramm, Kap. 5:

„Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen. Wir streben eine Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse an.“

AKL, Werner Ott

Ä29 Zeile 180 Hohe Vermögenssteuer

ab 2. Hälfte ersetzen:

„und fordern ab zwei Millionen Nettovermögen und fünf Millionen Betriebsvermögen 10 % und ab 100 Millionen Nettovermögen 30 % Vermögenssteuer. Das würde jährlich 15 Milliarden Euro mehr staatliche Einnahmen bedeuten, die dringend für Sozialleistungen und kommunale Aufgaben gebraucht werden.“
AKL, Werner Ott

Ä30 Zeile 401 Wohnraum für alle

ersetzen durch:

„Weniger Miete statt hoher Profite - bezahlbare Wohnungen für alle“

AKL, Werner Ott

Ä31 Zeile 402 Privatisierung ermöglicht Spekulation

nach erstem Satz einfügen:

„Mehr denn je sind Wohnungen Spekulationsobjekt. Mit ein Grund dafür ist die Privatisierung von Wohnungen von Kommunen, Land und öffentlichen Einrichtungen.“

AKL, Werner Ott

Ä32 Zeile 406 Leerstand

Vor Zeile 406 einschieben:

„Es gibt einen extrem hohen Leerstand bei Wohnungen und Geschäftsräumen. Das Zweckentfremdungsgesetz der Landesregierung erlaubt den Gemeinden Zweckentfremdung zu verfolgen, aber nur für Leerstand, der nach dem Gesetz bzw. den Verordnungen der Gemeinden entstanden ist. Gut erhaltene Wohnhäuser mit Mieten unter 8 Euro werden abgerissen für den Bau teurer Miet- und Eigentumswohnungen.“

AKL, Werner Ott

Ä33 Zeile 425 Mieterinitiativen

zweiten Satz bis 428 ersetzen durch:

„Immer mehr Mieter*innen und Mieter organisieren sich in Mieterinitiativen. International und auch in Deutschland hat eine Debatte über Mietenstreik begonnen. LINKE-Mitglieder befördern und unterstützen die Organisation der Mieter*innen und sind aktiv in den Mieterinitiativen und wohnungspolitischen Bündnissen und organisieren vor Ort Gegenwehr gegen Mietenwahnsinn, Leerstand und Gentrifizierung.“

AKL, Werner Ott

Ä34 Zeile 431 Wohnraum schützen

Z. 431 bis 454 ersetzen durch

„Keine Kündigung und Zwangsräumung wegen Mietschulden.

Keine Zwangsumzüge von Hartz-IV-Empfänger*innen

Schaffung eines Landesgesetzes für Mietobergrenzen und die Absenkung von Mieten auf der Grundlage von realen reglementierten und kontrollierten Kosten. Weg mit den Miet-(erhöhungs-)spiegeln.

VONOVIA und Co. enteignen! Dem Beispiel von Berlin folgen und auch in Baden-Württemberg alle Immobilien-Konzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen in Landeseigentum überführen und demokratisch verwalten.

Modernisierungen dürfen nur noch warmmietenneutral sein. Das Land muss auf eine entsprechende Abschaffung des Modernisierungsparagrafen § 559 BGB hinwirken.

Konsequente Verfolgung von Leerstand und Verhängung von Bußgeldern sowie Beschlagnahmung und Enteignung von spekulativem Leerstand bei Wohnungen, Büros und Gewerberäumen zur Unterbringung von Obdach- und Wohnungslosen sowie Menschen, die in Not- und Sammelunterkünften untergebracht sind.

Bessere Förderung von preiswertem Wohnungsbau durch Kommunen, soziale Genossenschaften und Mietersyndikaten mit dem Ziel dauerhaft niedriger Mieten.

Erlass von Baugeboten für baureife nicht bebaute Grundstücke und Enteignung bei Nichtbefolgung.

Kein Verkauf von städtischen und öffentlichen Grundstücken an private Investoren. Bodenvergabe darf ausschließlich in Erbpacht erfolgen.

Demokratische Verwaltung der kommunalen Wohnungsgesellschaften durch Selbstverwaltungsorgane von gewählten Vertreter*innen von Mieter*innen und der Bevölkerung in den Kommunen

Schluss mit der ökologisch nicht zu verantwortenden Abriss-/Neubaupolitik.“

AKL, Werner Ott

Ä35 Zeile 526 Digitalisierung unterschätzt

Z. 526-528 - Streichung des ersten Satzes

Begründung:

Er stellt eine fatale Unterschätzung der Rationalisierungen und Massenentlassungen durch die Digitalisierungen dar.

AKL, Werner Ott

Ä36 Zeile 787 Bahn in Belegschaftshand

Nach Z. 787 einfügen:

- Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken und Bahnhöfe
- Für eine Bürgerbahn: Entlassung des Bahnvorstands und Auflösung des Aufsichtsrats und Übernahme der Verwaltung durch ein demokratisch gewähltes Komitee aus Belegschaft, Bahngewerkschaften EVG und GDL, Bündnis Bahn für alle, Pro Bahn, Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 und andere.

AKL, Werner Ott

Ä37 Zeile 803 Keine Privatbahnen

nach Satzende einfügen:

„So wollen wir das Lohn- und Sozialdumping durch privatisierte Konkurrenzbahnen zur DB beenden.“

AKL, Werner Ott

Ä38 Zeile 811 Stuttgart 21 stoppen

Z. 811-813 ersetzen von

„Wir fordern deswegen einen Teil des Kopfbahnhofes zu erhalten, um die Kapazität des Schienenverkehrs auch künftigen Anforderungen anpassen zu können.“ durch:

„Wir fordern deswegen weiterhin, das Projekt Stuttgart 21 sofort zu stoppen, den Kopfbahnhof zu erhalten und zu modernisieren und die bereits gebauten Teilstücke von Stuttgart 21 auf der Grundlage des von der Bewegung gegen Stuttgart 21 erstellten Konzepts „Umstieg 21“ anderweitig sinnvoll zu nutzen.“

Begründung:

Entscheidende Argumente der Bewegung gegen Stuttgart 21 würden auch bei einem Erhalt eines Teils des Kopfbahnhofes ihre volle Gültigkeit bewahren, z.B. dass der Tiefbahnhof im Brandfall zu einer Todesfalle werden kann, dass die Tunnel nicht nur im Bau, sondern auch im Betrieb wegen des höheren Luftwiderstands eine in Zeiten des Klimawandels inakzeptable zusätzliche CO₂-Emission bedeuten. Die Bewegung gegen Stuttgart 21 hat deshalb völlig Recht, weiterhin einen Stopp von Stuttgart 21 zu fordern. Wenn wir diese Forderung jetzt fallen lassen würden, würden wir damit der Bewegung in den Rücken fallen und ihr signalisieren, dass wir mit einigen Jahren Verspätung denselben Weg wie die Grünen gehen.

AKL, Werner Ott

Ä39 Zeile 825 Tempolimit

Z. 825f. Satz ändern in:

„Beim Straßenverkehr wollen wir eine Begrenzung von 120 km/h auf Autobahnen, 70 km/h auf Landstraßen und 30 km/h in Städten und Ortschaften.“

AKL, Werner Ott

Ä40 Zeile 1768 Armutshettos

Nach Satz in Z. 1768 einfügen:

„und die Armutshettos und Flüchtlingslager vergrößert.“

AKL, Werner Ott

Ä41 Zeile 1772 gleiche Rechte

2. Hälfte ändern in:

„und uns dafür einzusetzen, dass sie gleiche soziale und politische Rechte erhalten.“

Begründung: Das Wort Teilhabe im Entwurf ist zu unverbindlich.

AKL, Werner Ott

Ä42 Zeile 1795 Roma benennen

einfügen:

„Dies soll auch für die Minderheiten der Roma gelten.“

Begründung:

Diese zu nennen, ist das Mindeste an historischer Verantwortung nach dem Völkermord an 500 000 Sinti und Roma durch den deutschen Faschismus und seine Kollaborateure.

AKL, Werner Ott

Ä8 Zeile 1917 Freiheitsrechte

Z. 1917 ersetzen: „Freiheit erhalten...“ durch „Freiheitsrechte erhalten...“

Begründung:

Freiheit ist ein abstrakter Begriff. Auf Rechte kann man sich berufen.

AKL, Werner Ott

Ä44 Zeile 1920 CDU nicht allein schuld

Z. 1920f. streichen

„Die Grünen haben in der Regierung der CDU die Innenpolitik komplett überlassen und so die 1921 Angriffe auf die Freiheitsrechte ermöglicht.“

Begründung:

Die alleinige Schuld der CDU anzulasten greift zu kurz, denn ohne die Tolerierung und Zustimmung der Grünen könnten die Änderungen gar nicht stattfinden.

AKL, Werner Ott

Ä45 Zeile 1945 Demokratische Polizeikontrolle

Nach Z. 1945 einfügen:

„Die Polizei muss einer demokratischen Kontrolle durch gewählte Komitees aus der Bevölkerung und den Gewerkschaften unterworfen werden.“

Begründung:

Dadurch wird gewährleistet, dass unabhängige Ermittlungen bei Polizeiübergriffen durch Miteinbeziehung der Betroffenen und unter Hinzuziehung von polizeiinternen Unterlagen und Videos vorurteilsfrei gewährleistet sind und stattfinden.

AKL, Werner Ott

Ä46 Zeile 1950 Gegen Präventivhaft

Z. 1950 f. streichen

Die Deckelung der polizeilichen Präventivhaft auf 96 Stunden nach dem Vorbild Bremens

Begründung:

Die LINKE ist gegen eine Präventivhaft!

AKL, Werner Ott

Ä47 Zeile 1955 Keine verdachtsunabhängige Kontrolle

Z. 1955 – 1957 ersetzen

„Polizeiliche Kontrollen sollen ebenfalls nach Bremer Vorbild zukünftig gegenüber den Kontrollierten zu begründen sein. Der Anlass der Kontrolle muss in einer Quittung für den Kontrollierten vermerkt werden. So lässt sich Racial Profiling effektiv verhindern.“

Durch „Verbot verdachtsunabhängiger Kontrollen“

Begründung:

Die LINKE ist prinzipiell gegen verdachtsunabhängige Kontrollen und diese würden auch nicht mit einer Quittung erreicht.

AKL, Werner Ott

Ä48 Zeile 1963 Diskriminierung ahnden

Z. 1963 einfügen:

„Diskriminierendes oder strafbares Verhalten von Beam*t*innen muss sofort geahndet werden.“

AKL, Werner Ott

Ä49 Zeile 1964 Verfassungsschutz auflösen

Z. 1964 ersetzen „Verfassung schützen - ohne intransparenten Geheimdienst“
durch: „‘Verfassungsschutz‘ auflösen“

Ä50 Zeile 1965 Verfassungsschutz schützt Eigentumsverhältnisse

„Aber der Geheimdienst „Verfassungsschutz“ schützt die Ziele der Verfassung leider nicht.“
ersetzen durch:

„Aber der „Verfassungsschutz“ agiert als Geheimdienst im Sinne der herrschenden Eigentumsverhältnisse gegen die Interessen der Bevölkerung“.

AKL, Werner Ott

Ä51 Zeile 1976 Beobachtungsstelle streichen

Z. 1976 - 1978 streichen:

„Auflösung des „Verfassungsschutzes“ als Geheimdienst. Stattdessen Schaffung einer transparent arbeitenden wissenschaftlichen Beobachtungsstelle von Angriffen auf Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie ohne geheimdienstliche Befugnisse.“

AKL, Werner Ott

Ä52 Zeile 1989 Lückenlose Aufarbeitung

Z. 1989 f. ersetzen/ergänzen:

„die lückenlose“ Aufarbeitung und die „vollständige“ staatliche Rehabilitierung...

AKL, Werner Ott

Ä53 Zeile 2086 Jenseits des Individualverkehrs

Z. 2086 bis 2103 und Z. 2121 bis 2134 ersetzen durch den folgenden Text und danach Z. 2105 bis 2119 anfügen:

„Arbeitsplätze und Klima retten
Autokonzerne in Gemeineigentum und Konversion der Produktion

Baden-Württemberg ist das Bundesland mit der höchsten Konzentration von Betrieben der Auto- und Zuliefererindustrie. Jeder vierte Arbeitsplatz in der Fahrzeugindustrie ist in Baden-Württemberg. Hier arbeiteten im Jahr 2018 233.000 Menschen. Hinzu kommt, dass der Maschinenbau ebenfalls stark von der Autoindustrie abhängig ist. Deshalb ist Baden-Württemberg besonders hart von der Krise der Autoindustrie betroffen durch Arbeitsplatzabbau und Verlagerungen. Die Krise der Autoindustrie ist Folge weltweiter Überkapazitäten. Jeder Konzern versucht auf Kosten der Konkurrenz seinen Marktanteil zu vergrößern. Die Lohnkosten sollen sinken. Hinzu kommt, dass, die Kolleginnen und Kollegen und die Käuferinnen und Käufer, die Zeche für den von den Managern verschuldeten Dieselskandal bezahlen sollen. Den einen droht der Arbeitsplatzverlust, den andern Fahrverbot. Geringere Steuereinnahmen für die Kommunen sind eine weitere Auswirkung dieser Krise. Gleichzeitig haben wir es mit einem Klimawandel zu tun, der sehr schnell in eine Klimakatastrophe umschlagen kann. Regionale Starkregen bzw. Stürme sind schon jetzt weltweit sichtbar. Daher wären weniger Autos durchaus ein Segen für Mensch und Natur.

Elektroautos sind keine Zukunftstechnologie für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für die Rettung des Klimas. Zu deren Produktion werden seltene Erden gebraucht, die beim Abbau desaströse ökologische und soziale Folgen in den Herkunftsländern haben. Außer dem direkten CO₂-Ausstoß gelten alle anderen Schäden des motorisierten Individualverkehrs auch für E-Autos. Nicht gelöst ist auch die Recyclingfrage. Deshalb hilft hier nur eine mittel- und langfristige Verkehrs- und Energiewende. Weg vom eigenen Fahrzeug in den Städten, erneuerbare Energie und Umstellung der Autoindustrie auf alternative Verkehrsmittel und andere gesellschaftlich sinnvolle Produkte.

DIE LINKE Baden-Württemberg erklärt: Zu viele Autos sind das Problem, nicht der Antrieb
Wir fordern:

1. Erhalt aller Arbeitsplätze in der Auto- und Zulieferindustrie durch Konversion der Autoindustrie auf Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs und andere gesellschaftlich nützliche Produkte
2. Schluss mit der staatlichen Förderung und dem Greenwashing von batterieelektrischen Antrieben
3. Hardware-Nachrüstung für alle Dieselfahrzeuge auf Kosten der Profite und mit Herstellergarantie
4. Nein zur Abwälzung der Verluste der Absatzkrise und der Kosten für den Dieselbetrug auf die Beschäftigten und Autobesitzer

5. Offenlegung aller Finanz- und Wirtschaftsdaten der Konzerne und sämtlicher verbauter Software für die Motorensteuerung
 6. Schluss mit Profitproduktion und Betrug in der Autoindustrie, Überführung der Autokonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle
 7. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung“
- AKL, Werner Ott

Ä54 Zeile 2384 Austritt aus der NATO

nach Satzende einfügen:

„Wir fordern den Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO.“

AKL, Werner Ott

Ä55 Zeile 2416 Keine Bundeswehr gegen Corona

Nach Z. 2416 einfügen:

„Ebenso ist der Einsatz der Bundeswehr zur Corona-Bekämpfung sofort zu beenden.“

AKL, Werner Ott

Ä56 Zeile 2431 Kein Dual Use bei digitaler Technologie

Z. 2431 nach Satzende einfügen:

„Dabei ist auf die Überlappung von ziviler und militärischer Nutzung – besonders bei digitalen Technologien - zu achten.“

Begründung:

Die technologische Überlappung hat sich erst in den letzten Jahren entwickelt, ist aber von großer Bedeutung für das moderne Militär.

AKL, Werner Ott

Ä57 Zeile 1349 ff. Thema Azubis

Der Landesparteitag möge beschließen:

In die Zeilen 1349 ff. werden folgende Formulierungen als Forderungen eingefügt:

- Den Ausbau von Beratungs-, Unterstützungs-, und Hilfsangebote für Auszubildende – sowohl an den beruflichen Schulen als auch im außerschulischen Bereich. An den beruflichen Schulen müssen mehr Schulsozialarbeiter*innen sowie mehr Angebote zur individuellen Förderung zur Verfügung stehen.
- Einen leichteren Zugang zur Ausbildung für Geflüchtete: Die Landesregierung muss ihre Handlungsspielräume nutzen, um Geflüchteten einen leichteren Zugang zur dualen Berufsausbildung zu gewähren. Geflüchteten und (insbesondere kleinen) Betrieben, die Geflüchtete regulär ausbilden, müssen spezielle Fördermöglichkeiten zur Verfügung stehen.
- Einen inklusiven Ansatz in der Berufsausbildung: Die Landesregierung soll darauf hinarbeiten, dass die Berufsausbildung von Menschen mit Behinderungen im dualen System gestärkt wird. Auszubildenden mit Behinderungen und (insbesondere kleinen) Betrieben, die Menschen mit Behinderungen ausbilden, sollen mit Mitteln aus einem Solidarfonds gefördert werden. Einschlägige Beratungsangebote müssen flächendeckend geschaffen und ausgebaut werden.

Begründung:

Zur ersten Forderung: Zwar ist es richtig, dass durch eine ausgiebigere berufliche Orientierung die Anzahl der Ausbildungsabbrüche verringert werden kann, jedoch sind auch familiäre, soziale oder finanzielle Gründe mit einzubeziehen, wenn man betrachtet, wo Ausbildungen scheitern, oder wo Auszubildende besondere Probleme haben. Das Ziel der LINKEN muss sein, dass Auszubildende während ihrer Berufsausbildung bestmöglich informiert sind über ihre Rechte gegenüber Betrieben und Behörden, dass Aufklärung über mögliche Fördermöglichkeiten jederzeit niedrigschwellig zu haben ist, und dass an der Bedarf an Schulsozialarbeiter*innen an beruflichen Schulen endlich gedeckt wird.

Zur zweiten Forderung: Ob es uns gefällt oder nicht, die Mitarbeit in einem Betrieb ist ein wichtiger Aspekt von Integration. Junge Geflüchtete, die sich mit einer Berufsausbildung unabhängig von staatlichen Leistungen machen wollen, die einen Beruf erlernen wollen, um für sich selbst zu sorgen, stehen dabei aber vor großen Schwierigkeiten: Neben latentem Rassismus bei Entscheidungsträger*innen in vielen Ausbildungsbetrieben und der klassischen Sprachbarriere, dauert es oft lange, und ist mit einem nicht

unerheblichen bürokratischen Aufwand verbunden, bis bei Geflüchteten eine Ausbildungserlaubnis vorliegt. Dies erschwert das Zustandekommen von Auszubildenden erheblich.

Zur dritten Forderung: Wer Inklusion will, muss wollen, dass mehr Menschen mit Behinderungen im ersten Arbeitsmarkt beschäftigt sind. Um dies zu fördern, ist es sinnvoll, dass Menschen mit Behinderungen auch regulär im dualen System ausgebildet werden. Dazu ist in vielen Betrieben aber weder die personelle Kompetenz, noch die sachliche Ausstattung vorhanden, um Auszubildenden mit Behinderung ein Arbeits- und Ausbildungsumfeld zu schaffen, das für beide Seiten funktioniert. Um dem entgegenzuwirken braucht es mehr Förderung und Beratung für Betriebe und Azubis.

Emanzipatorische Linke, Antrag wird voraussichtlich eingebracht von Florian Reck / Alexandria Dritschler / Peter Laskowski

Ä58 Zeile 32 Keine Dividende bei Kurzarbeit

Zeile 32-33: Nach „Gewonnen haben auch Aktienbesitzende, die sich trotz Wirtschaftsflaute“ einfügen: [...und staatlich finanzierter Kurzarbeit...], dann weiter mit: „hohe Dividenden auszahlen lassen“

Begründung:

Unserer Ansicht nach wurde in diesem Abschnitt noch nicht deutlich genug auf den Widerspruch Bezug genommen, dass trotz staatlich subventionierter Kurzarbeit (die wir ja im Sinne der Beschäftigten für richtig erachten), massive Dividenden ausgezahlt wurden und somit in altbewährtem Stil Verluste sozialisiert und Gewinne privatisiert wurden. Der kurze Einschub [... und staatlich finanzierter Kurzarbeit...] soll diesen Vorgang nochmals verdeutlichen.

KV Esslingen, Kontakt: Michael Hsu / Antrag wird eingebracht von Marc Dreher.

Ä59 Zeile 213 Klimaschutz als Zukunftschance

Nach dem letzten Satz in einfügen „Klimaschutz begreifen wir als Zukunftschance für die Beschäftigten und nicht als Jobkiller. Der ökologische Transformationsprozess wird zwangsläufig kommen. Jetzt gilt es ihn aktiv im Sinne der Beschäftigten mitzugestalten und neue Perspektiven zu schaffen!“

Begründung:

Die ökologische Transformation der Industrie wird kommen. Wir als sozial-ökologische Kraft stehen für diese auch klar ein. Im Gegensatz zu den Grünen muss es jedoch unsere Aufgabe sein, ökologische Ziele mit den Interessen der Beschäftigten in Einklang zu bringen. Daher wäre es ein Fehler der politischen Kommunikation, wenn wir als Partei, sowie der Einsatz für konsequenten Klimaschutz, als Jobkiller bei den Arbeiter*innen in der Automobilindustrie wahrgenommen wird. Deshalb ist der oben genannte Zusatz unserer Ansicht nach von großer Wichtigkeit, um diesem potenziellen Missverständnis entgegenzuwirken und wichtige Wählerinnengruppen zu gewinnen.

KV Esslingen, Kontakt: Michael Hsu / Antrag wird eingebracht von Marc Dreher.

Ä60 Zeile 579 Hochkultur und frei Szene fördern

Nach „Das Ausspielen von Hochkultur und freier Szene ist falsch.“ Einfügen „Wir treten für einen breiten Kulturbegriff ein, welcher Konzerte und Kleinkunst in subkulturellen Freiräumen und Jugendhäusern ebenso miteinschließt, wie Oper, Landesbühne und Kunstausstellungen.“. Dann weiter mit „Baden-Württemberg braucht beides und zwar für Alle zugänglich“ und dann weitere Einfügung: „und ausreichend finanziell ausgestattet“.

Begründung:

Zwar wird in den Zeilen 576-580 Bezug auf die Thematik Subkultur / Hochkultur genommen, jedoch nicht deutlich genug. Gerade die Subkultur war schon immer Triebkraft für emanzipatorische Werte und eine kritische Auseinandersetzung mit der Gesellschaft. Dass diese sich oft kommerziellen Zwängen entzieht, sollte gerade für uns LINKE wichtig und förderungswürdig sein. Jedoch existiert aktuell ein krasses finanzielles Ungleichgewicht in der Förderung zwischen subkulturellen Räumen und hochkulturelle Einrichtungen, was die Diskussion über die Sanierung der Stuttgarter Oper für rund 1Mrd. Euro verdeutlicht. Auf der anderen Seite erleben wir ein Sterben subkultureller Räume, welche u.a. durch die hohen Mieten in den Städten nicht mehr überleben können. Dieses Ungleichgewicht anzugleichen sollte Ziel linker Kulturpolitik sein.

KV Esslingen, Kontakt: Michael Hsu / Antrag wird eingebracht von Marc Dreher.

Ä61 Zeile 33: Antwort auf Corona mit Solidarität und Demokratie

Einschub nach Z33: „Wir sehen uns durch die Pandemie einer realen Bedrohung ausgesetzt, die Existenz- und Zukunftsängste auslöst und in unser Leben entscheidend eingreift. Das wird von Rechtspopulist*innen

und -extremist*innen ausgenutzt. Mit Falschinformationen und Hasspropaganda wird die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben. Im Gegensatz dazu begegnet DIE LINKE den Ängsten und Sorgen mit Transparenz und Teilhabe. Der Umgang mit und die Bewältigung der Pandemie muss von der ganzen Gesellschaft solidarisch getragen werden. Eine offene Debatte und gutbegründete und kommunizierte, demokratische Prozesse sind hier unabdingbar. DIE LINKE steht für eine Gesellschaft, die auch in der Pandemie niemanden zurücklässt und von jedem nach seinem Vermögen einen Beitrag fordert

Antragssteller: KV Freiburg,

Ansprechperson: Imke Pirch und Henric Meyer

Ä62 Zeile 673 Baden-Württemberg klimapositiv

Der Absatz Klimaneutral bis 2035 (Zeile 673 - 683) erhält folgende neue Fassung:

„Unser Ziel ist ein klimaneutrales Baden-Württemberg bis 2035. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass es machbar ist, wenn es politisch gewollt ist [1]. Die Landesregierung setzt stattdessen auf eine falsche Produktpolitik und die einseitige Wirtschaftsförderung der Autoindustrie im Bereich der Elektromobilität und des Individualverkehrs. Um die Klimakrise abzuwenden wird es nicht reichen, ein paar Windräder mehr aufzustellen oder den Fuhrpark der Minister*innen um das ein oder andere Wasserstoffauto zu ergänzen. Für uns ist selbst bei der Klimaneutralität das Ziel noch nicht erreicht. Wir wollen Baden-Württemberg zu einem klimapositiven Land entwickeln. Dazu müssen in großem Maße Kohlenstoffsinken geschaffen werden. Investitionen in diesen Bereich sind eine Chance für gute Arbeitsplätze im Land. [2] Wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz, der vor allem nicht zu Lasten der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen geht. Als LINKE nennen wir das sozial-ökologische Transformation. Für uns ist klar: die ökologische und die soziale Frage gehören zusammen und müssen auch zusammen beantwortet werden. Wir nennen das Klimagerechtigkeit.“

Quellen:[1] Fraunhofer ISE. (2020). WEGE ZU EINEM KLIMANEUTRALEN

ENERGIESYSTEM.Freiburg.[2] European Biochar Industry Consortium e.V. (EBI, 2020). Mit Pflanzenkohlebasierten Kohlenstoffsinken dem Klimawandel entgegenwirken

KV Freiburg, Ansprechpartner: Pascal Blank

Ä63 Zeile 722 Forschung zu CO2 Speichern

nach Zeile 722 einfügen (Neuer Punkt):

- Investitionen in Forschungs- und Förderprogramme zu Kohlenstoffsinken.

Begründung:

Wir haben bis jetzt nur über Klimaneutralität gesprochen. Dies ist wichtig, denkt aber das Problem nicht zu Ende. Wir müssen selbst Jahrzehnte nach der globalen Klimaneutralität noch daran arbeiten, CO₂ aus der Atmosphäre zu ziehen, um ein stabiles Klima zu erreichen

[Anmerkung CH: „Kohlenstoffspeicher“ ist vermutlich verständlicher als Kohlenstoffsinken.]

KV Freiburg, Ansprechpartner: Pascal Blank

Ä64 Zeile 110 Neue Zwischenüberschrift

Die Zwischenüberschrift ersetzen durch:

Soziale Gerechtigkeit – Menschen vor Profite

Begründung:

In diesem Absatz wird die Krise als Ergebnis kapitalistischer Profitlogik beschrieben. Das sollte auch in der entsprechenden Überschrift deutlich werden.

Der Halbsatz „jetzt erst recht“ ist nicht passend.

KV Tübingen, Ansprechpartner/in: Willi Bayer, Gerlinde Strasdeit, Frederico Elwing

Ä65 Zeile 272 Schulweg kostenfrei

Ersetze den 2. Satz in der Zeile 274 „Zumindest der Schulweg ...“ durch neuen Spiegelstrich:

„Zudem muss der Schulweg über eine Landesregelung für alle Schüler*innen und Auszubildende kostenfrei gestellt werden“.

Begründung: Bisher gibt es bereits Sozial-Abschlüsse für Schülertickets, das aber hat nichts mit Sozialtickets zu tun. Deshalb extra Spiegelstrich. Im Land streiten Elternvertretungen grundsätzlich für die Abschaffung der Eigenanteile, das unterstützen wir kommunal und landesweit.

KV Tübingen, Ansprechpartner/in: Willi Bayer, Gerlinde Strasdeit, Frederico Elwing,

Ä66 Zeile 438 Erbpacht

In Zeile 438, zweiter Satz ersetzen durch neuen Spiegeltext:

„Um Bodenspekulation einzudämmen soll öffentlicher Boden bei neuen Wohnprojekten vorrangig in Erbpacht vergeben werden. Das Land fördert Erbpacht zukünftig als Mittel der kommunalen Wohnungspolitik.“

Begründung:

Das Thema Erbpacht wird in Zeile 437 erwähnt aber nicht erklärt. Auf lange Sicht sorgt Erbpacht aber dafür, dass die Kommunen noch über öffentlichen Grund verfügen können.

Deshalb die Forderung nach Landesförderung für Erbpacht.

KV Tübingen, Ansprechpartner/in: Willi Bayer, Gerlinde Strasdeit, Frederico Elwing,

Ä67 Zeile 476 Keine Tante Emma

Betrifft: 2.2. Tante Emma bleibt im Dorf! (bitte andere Überschrift)

und Zeile 476-485 ersetzen durch:

2.2. Den ländlichen Raum stärken – natürliche Lebensgrundlagen erhalten

Für uns als LINKE ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ein zentrales Anliegen. Die Wechselbeziehung zwischen ländlichem Raum und den Städten für die Lebensqualität der gesamten Bevölkerung wird häufig unterschätzt: Die Versiegelung von Natur und immer mehr neuen Böden gefährdet die Versickerung von Regen ins Grundwasser, führt bei Starkregen zu Hochwasser, gefährdet Frischluftschneisen über weite Strecken, führt zur Verminderung der Artenvielfalt bei Tieren und Pflanzen und nimmt Landwirten wertvolle Böden für die Produktion von Nahrungsmitteln, die sie auf örtlichen Märkten anbieten. Gesunde Naherholung der Bevölkerung auch aus den Städten wird massiv eingeschränkt.

Geringe Steuereinnahmen in kleinen Kommunen verhindern nicht nur eine soziale und kulturelle Infrastruktur - mit Verlust an Heimatgefühl und Identifikation. Sie machen Kommunen erpressbar für große Unternehmen und Logistiker, die mit ihrer Just-in-time-Produktion erst überregionale Verkehrswege durchsetzen, dann riesige Flächen für ihre Lager an den Überlangstraßen versiegeln und die Pendlerzahlen hochtreiben. DIE LINKE will diesen Prozess der Missachtung der Natur und des ländlichen Raumes für das gesamte Land umkehren, die Lebensgrundlagen aller und die Lebensqualität in Stadt und Land stärken. DIE LINKE fordert:

- Einhaltung der Nationalen Nachhaltigkeitsziele für den Flächenverbrauch: Nullwachstum der Neuversiegelung bis 2050, als Nahziel maximal 30 Hektar täglich bis 2030
- Umsetzung dieser Ziele durch Begrenzung der maximalen Versiegelung von Böden in allen Landkreisen und Kommunen anstatt eines unkontrollierten Konkurrenzkampfes zwischen Kommunen um Firmenansiedlungen
- Sicherung der Wasserversorgung der Bevölkerung, indem Böden für Versickerung in Grund- und Trinkwasser vorgehalten werden.

Es folgen die Zeilen 488-523 mit den übrigen Forderungen aus dem Entwurf.

Begründung:

1. Die Erhaltung der Böden als Lebensgrundlage für Mensch und Natur fehlt im Entwurf.
 2. Die Folgen der Zerstörung des ländlichen Raums für Natur, Städte und die gesamte Gesellschaft müssen deutlicher und konkreter benannt werden.
 3. „Tante-Emma-Läden“ im Titel ist unpassend, weil es den Strukturwandel unangemessen verniedlicht.
- KV Tübingen, Ansprechpartner/in: Willi Bayer, Gerlinde Strasdeit, Frederico Elwing,

Ä68 Zeile 551 Kommunale Kontrolle des Netzausbaus

Betrifft: Kapitel 2.3. Smart City, Zeile 551

Zusätzlichen Punkt hinzufügen:

* Kommunale Kontrolle des Netzausbaus mit langfristiger finanzieller Unterstützung des Landes bei Geräten, Support und IT-Spezialisten: der landesweite Ausbau der Breitbandversorgung darf nicht den Profitrechnungen der IT-Konzerne überlassen werden.

Begründung (Emanuel): Der Ausbau der Breitbandversorgung als ein wichtiger Bestandteil der Digitalisierung sollte explizit berücksichtigt werden. Dieser gerät immer mehr zur Rosinenpickerei von IT-Konzernen: In Zentren mit hohen Einwohnerzahlen und Renditeerwartungen wird schnell ausgebaut. Aber auf dem flachen Land, wo Breitbandanbindung für Gewerbetreibende, Freiberufler, kommunale Verwaltungen und die Einwohner am dringendsten ist, gibt es viele „weiße Flecken“. Bei „Marktversagen“ der Konzerne werden Kommunen und Landkreise zu millionenschweren

Investitionen gezwungen. Tatsächlich handelt es sich um ein doppeltes Politikversagen, weil die Regierungen die IT-Konzerne nicht zum flächendeckenden Ausbau mit Breitband verpflichtet haben. Jetzt wird den Kommunen bei einem kommunalen Breitbandnetz sogar die Landesförderung von möglichen Pachteinnahmen abgezogen.

KV Tübingen, Ansprechpartner/in: Willi Bayer, Gerlinde Strasdeit, Frederico Elwing,

Ä69 Zeile 622 Erinnerungskultur stärken

a) Z. 622 – 623, ersten Spiegelpunkt ergänzen, neu:

Erinnerungskultur stärken: Übernahme von Kosten von Schul- und Bildungsfahrten zu KZ-Gedenkstätten sowie zu Stätten der positiven Erinnerungskultur wie Museen und Erinnerungsorten der fortschrittlichen Bewegungen wie Frauen-, Friedens-, Arbeiter- und Umweltbewegung.

Begründung (Tim): Die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten hat inzwischen realisiert, dass sie "zweierlei" Gedenkstätten umfasst, „negatives" Gedenken an "NS" und "positives" Gedenken an Friedrich Ebert, Theodor Heuss, Albert Schweitzer, Matthias Erzberger, die Weiße Rose, die Stauffenbergs - wie auch immer man zu den einzelnen (ambivalenten) Persönlichkeiten stehen mag. Als "drittes" stehen die Gedenkstätten an die ehemalige heimische jüdische Kultur und das Heidelberger "Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma" "dazwischen" -, in deren dialogisch-konstruktiver Kombination die wahre Kunst der antifaschistisch-demokratischen politischen Bildung bestünde.

Weiter einfügen

b) Zeile 624 neuen Spiegelpunkt einfügen: „ – Antifaschistische Dokumentations- und Lernzentren fördern...“

c) Dann neuen Spiegelpunkt einfügen:

„interdisziplinäre Forschungsschwerpunkte an Universitäten und Hochschulen einrichten zum Themenbereich Faschismus, Rassismus und Militarismus“.

d) Danach neuen Spiegelpunkt:

„- die Gemeinnützigkeit von antifaschistischen Organisationen wie VVN/BdA schützen und steuerlich fördern.“

e) (dann weiter wie im Text (alte) Zeile 624, „Koloniale Amnesie durchbrechen...“ und ergänzen: „Provenienzforschung an Museen und Sammlungen. Rückgabeoption bei geraubtem Eigentum.“

Ä70 Zeile 786 Kostenfreiheit und Taktung separat benennen

Zeile 786 ersetzen:

Mobilität für alle: unser Ziel ist die Einführung eines kostenfreien Nahverkehrs für alle Menschen.

Sozialtickets und kostenfreie Schülerverkehre sind dafür ein Einstieg.

Dann weiter wie 787, aber mit einem neuen Spiegelpunkt Taktung.

Begründung:

Kostenfreier Nahverkehr und bessere Taktung sollten nicht in einem Satz vermengt werden. Zudem müssen wir irgendwo deutlich machen, dass Sozialtickets und kostenfreie Schülerverkehre der richtige Einstieg sind für einen kostenfreien Nahverkehr insgesamt.

KV Tübingen, Ansprechpartner/in: Willi Bayer, Gerlinde Strasdeit, Frederico Elwing,

Ä71 Zeile 948 Zirkus mit Wildtieren nicht grundsätzlich verbieten

Zeile 948-950 streichen

"Kommunale Verbote von Zirkusbetrieben mit Wildtieren: Die Tiere leiden unter Stress ...“

Begründung (gekürzt, siehe Tim): Natürlich geht es auch ohne - auch ganz ohne Zirkus, der nicht

„systemrelevant“ = existenznotwendig ist. Tierfreie Zirkusse bleiben unbedingt erlaubt! Zirkusse mit

Tieren besitzen hierzulande ihre eigene lange Kulturtradition, die wohl falsch sein kann, doch nicht muss.

Schwierig ist die offenbar zugrunde gelegte Unterscheidung von "Wildtieren" und "Haustieren" ... Keine kommunalen Verbote, die zur Rechtsunsicherheit und Existenzgefährdung der Zirkusleute beitragen“.

KV Tübingen, Ansprechpartner/in: Willi Bayer, Gerlinde Strasdeit, Frederico Elwing,

Ä72 Zeile 1043 Keine Bundeswehr im Gesundheitsamt

Spiegelpunkt ergänzen: Die Gesundheitsämter müssen aufgrund der Corona-Erfahrung personell besser mit Fachkräften ausgestattet werden.

weiterer Spiegelpunkt:

„Keine Bundeswehr in den Gesundheitsämtern. Der Gesundheitsbereich muss zivil bleiben und darf nicht weiter mit Sparmaßnahmen belastet werden“.

KV Tübingen, Ansprechpartner/in: Willi Bayer, Gerlinde Strasdeit, Frederico Elwing,

Ä73 Zeile 1186 Zu wenig Erzieher*innen

Erster Satz 1186 soll ergänzt werden um: „In Baden-Württemberg fehlen weiter drastisch viele Kita-Plätze und es werden nach wie vor zu wenig Erzieher*innen ausgebildet.“

Dann weiter mit dem bisher ersten Satz:

Begründung: Ein solcher Satz ist notwendig, weil die Landesregierung massiv versagt hat.

KV Tübingen, Ansprechpartner/in: Willi Bayer, Gerlinde Strasdeit, Frederico Elwing,

Ä74 Zeile 1286 8. Mai als Projekttag

Zeile 1286, 1287

Ersetze: "Den 8. Mai - Tag der Befreiung - wollen wir als verpflichtenden schulischen Projekttag festlegen." Durch neu: „Den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus wollen wir als schulisches Lern- oder Exkursionsprojekt behandelt wissen“.

Begründung:

In der Zeile 1823 fordern wir den 8. Mai bereits als gesetzlichen Feiertag. Der wäre schulfrei?

KV Tübingen, Ansprechpartner/in: Willi Bayer, Gerlinde Strasdeit, Frederico Elwing,

Ä75 Zeile 1344 Lernmittelfreiheit

Zeile 1344 und 1345 ersetzen:

Spiegelpunkt: Ein kostenfreies Azubi- und Schüler*innenticket als Bestandteil der Lernmittelfreiheit.

nächster Spiegelpunkt: Lernmittelfreiheit ist Verfassungsgrundsatz: Die Übernahme aller Lernmittelkosten durch die Schulträger ist zu ermöglichen. Bei der Schülerbeförderung sind Nachbarländer wie Bayern schon weiter.

Begründung: Kostenfreier Azubi/Schülerverkehr ist sozial- und bildungspolitisch wichtig und Bestandteil der öffentlichen Debatte.

KV Tübingen, Ansprechpartner/in: Willi Bayer, Gerlinde Strasdeit, Frederico Elwing,

Ä76 Zeile 1587 DLRG erwähnen

In die Aufzählung bitte unbedingt den DLRG aufnehmen: hat einen sozialen Auftrag und viele Jugendliche gehen dahin.

KV Tübingen, Ansprechpartner/in: Willi Bayer, Gerlinde Strasdeit, Frederico Elwing,

Ä77 Zeile 1821 Nicht nur linke Opfer

.... In Zeile 1821 streiche: "linken".

Begründung (Tim): Es sind von "NSU 2.0" auch (minderheitlich) sicher nicht linke Politiker, z. B. Volker Bouffier (CDU), bedroht worden.

KV Tübingen, Ansprechpartner/in: Willi Bayer, Gerlinde Strasdeit, Frederico Elwing,

Ä78 Zeile 1131 Kein unregulierter Handel

nach „sondern Prävention und Aufklärung.“: „Einen unregulierten Handel mit Suchterregenden- und Gesundheitsgefährdenden Genussmitteln lehnen wir ab.“

Begründung: Wir fordern bewusst keine Legalisierung sondern eine Entkriminalisierung. Großkonzerne wie Altria (Phillip Morris), AB-InBev und Heineke setzen mit dubiosen Taktiken jedes Jahr Milliarden mit Gesundheitsgefährdenden- und Suchterregenden Stoffen um. Ein uneingeschränkter freier Handel nach neoliberalen Grundsätzen kann aus LINKER Sicht nicht einfach hingenommen werden. Auch wenn bei konkrete Forderungen Diskussionsbedarf herrscht sollte ein Zeichen gegen eine rein kapitalistische Vermarktung gesetzt werden.

Antragsteller*innen: KV-Karlsruhe

Ansprechpartnerin: Alexandria Dritschler

Ä79 Zeile 304 Kurze Vollzeit

Text neu: und Personalausgleich. Da die Konzerne im Land bereits massiven Personalabbau angekündigt haben, wäre eine ~~sofortige~~ Arbeitszeitverkürzung in Richtung einer kurzen Vollzeit ein Instrument, um Arbeitsplätze zu sichern.

Begründung:

Hier brauchen wir eine Angleichung an unser Bundestagswahlprogramm 2017. Dort fordern wir eine kurze Vollzeit, die um die 30 Stunden-Woche kreist. Die LINKE unterstützt dabei Gewerkschaften und Initiativen. Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit unterliegt der Tarifautonomie und muss damit von den Gewerkschaften erkämpft werden. Wir wollen mit den Gewerkschaften ins Gespräch kommen, um zusammen für weitere Arbeitszeitverkürzungen, wie es die IGM z.B. mit einer 4-Tage Arbeitswoche jetzt fordert, zu kämpfen.

KV'en Reutlingen und Ostalb, Kontakt: Günter Busch

Ä80 Zeile 325 Landespezifischer Mindestlohn präzisieren

Text neu:

Faire Bezahlung: 13 Euro landesspezifischer Mindestlohn für Landesbeschäftigte und bei öffentlichen Aufträgen des Landes Baden-Württemberg.

Begründung:

Einen allgemeinen landesspezifischen Mindestlohn gibt es nicht, Mindestlöhne sind Bundesrecht. Entsprechend dem Brandenburger Modell können jedoch Mindestlöhne für die untersten Lohngruppen des Tarifvertrags der Länder und für Beschäftigte in Unternehmen bei öffentlicher Auftragsvergabe festgelegt werden.

KV'en Reutlingen und Ostalb, Kontakt: Günter Busch

Ä81 Zeile 1308 sonderpädagogischen Schulen nicht völlig abschaffen

Text neu:

Wir setzen uns für eine inklusive Schule ein, die immer mehr Kinder in allgemeinbildende Schulen integrieren kann.

Begründung:

Ausgangspunkt muss die Frage sein: Was braucht das Kind, welche Hindernisse müssen für das Kind aus dem Weg geräumt werden, um eine erfolgreiche Bildungslaufbahn zu haben? D. h. die Lernbedingungen müssen an die Bedürfnisse des Kindes angepasst werden. Das können auch andere Lernsettings sein als eine inklusive Schulklasse. Manche Lernprozesse können in einer homogenen Gruppe besser gelingen. Kinder mit schwerer Mehrfachbehinderung benötigen oft viel pflegerische Sorge während des Alltags. Die hochkomplexe Ausbildung der Sonderpädagogen sichert einen hervorragenden Standard bei der Beschulung von Kindern mit Handicaps. Bei einer Auflösung der Förderschulen sind Verteilungskämpfe um diese Lehrkräfte zu befürchten.

Das Ziel ist die bestmögliche Förderung jedes einzelnen Kindes. Dieses individuelle Recht muss über dem Ziel der vollständigen Abschaffung der sonderpädagogischen Schulen stehen.

KV'en Reutlingen und Ostalb, Kontakt: Günter Busch

Ä82 Zeile 1385 BaföG für immatrikulierte Studierende

Text neu:

Eine Bundesratsinitiative zur Schaffung eines elternunabhängigen, höheren BaföGs als Vollzuschuss für alle immatrikulierten Studierenden

Begründung:

Wir brauchen eine grundlegende Reform des BAföG. Es macht aber keinen Sinn, ein Studium ohne Einhaltung eines Höchstalters und/oder einer maximalen Studienzeit zu ermöglichen. Jede(r) kann danach studieren, bekommt ein volles Bafög und ist an eine bestimmte Studiendauer nicht gebunden und es gibt auch keinen Abschlusszwang. Lebenslanges Studieren bei vollem Bafög kann nicht unser Ziel sein.

In der vorgeschlagenen geänderten Formulierung gibt es keine Ausgrenzungen nach Staatsbürgerschaft.

Maximales Alter für einen Studienbeginn und eine maximale Studiendauer können in den Immatrikulationsordnungen geregelt werden.

KV'en Reutlingen und Ostalb, Kontakt: Günter Busch

Ä83 Zeile 2105 Lohnentwicklung in Branchen berücksichtigen

Text neu:

Gleichzeitig wird kaum wahrgenommen, dass neben der bisher dominierenden Industrie der Dienstleistungsbereich mit Gesundheitswesen, Tourismus, Gastronomie, Handel und Kultur und neuere Industrien wie Medizintechnik und Biotechnologie an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen haben.

Forschung, internetbasierte Dienstleistungen und maschinelles Lernen gehören ebenfalls zu den Stärken dieses Bundeslandes.

Viele Arbeitsplätze sind hier in den letzten Jahren entstanden. Bisherige Landesregierungen haben dabei ignoriert, dass vor allem in den Dienstleistungen an Menschen und im Handel keine oder eine nur geringe Einkommensentwicklung stattgefunden hat.

Begründung:

Die Gegenüberstellung - hier gut bezahlte dominierende Industrie, dort schlecht bezahlte Dienstleistungen – gilt so nicht mehr. Einerseits haben sich neben der baden-württembergischen Leitindustrie neue Industriebereiche gebildet, andererseits gibt es eine Vielzahl wissensbasierter Dienstleistungen mit hoher Qualifikation und überdurchschnittlicher Bezahlung. Soll die Konversion weg von der Konzentration auf die alte Leitindustrie gelingen, braucht es einen Ausbau der sonst noch vorhandenen Stärken, die wir auch benennen müssen.

KV'en Reutlingen und Ostalb, Kontakt: Günter Busch

Ä84 Zeile 2115 Gute Arbeit in nachhaltigen Wirtschaftszweigen

Text neu:

Als LINKE wollen wir eine Wirtschaftspolitik, die die oben genannten Stärken und besonderen Entwicklungschancen in diesem Bundesland in den Blick nimmt. Anstatt der bisher zu einseitigen Ausrichtung auf den Automobilssektor haben wir das Ziel, gute, sichere und hochwertige Arbeitsplätze auch in anderen, nachhaltig und ökologisch orientierten Bereichen zu entwickeln.

Begründung:

Wir wollen keine Wirtschaftspolitik mit der Gießkanne. Eine gleichberechtigte Einbeziehung aller Branchen ist keine Wirtschaftspolitik, da dies keine Steuerung ermöglicht. Vielmehr geht es um eine gezielte Förderung zukunftsorientierter Bereiche, die nachhaltig und ökologisch ausgerichtet sind. Sie müssen auch zum Land, seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und deren Qualifikation passen. Wenn die Politik die Wirtschaft im Sinne der Menschen steuern soll, müssen wir auch benennen, wohin die Reise gehen soll.

KV'en Reutlingen und Ostalb, Kontakt: Günter Busch

Ä85 Zeile 1938 Beschäftigungsverhältnisse von Polizist*innen verbessern

Text neu:

Im Forderungskatalog aufnehmen, z.B. nach Zeile 1938 „Erhalt von Polizeistationen im ländlichen Raum“ einfügen:

Auch im Polizeidienst ist für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen. Hierzu braucht es eine angemessene Personalausstattung, damit Polizistinnen und Polizisten ihren Aufgaben in der Prävention, beim Schutz der Bevölkerung vor Gewalt und bei der Kriminalitätsbekämpfung gerecht werden können.

Begründung:

Die Perspektive auf Polizistinnen und Polizisten als Beschäftigte fehlt gänzlich und sollte von unserer Partei benannt werden.

KV'en Reutlingen und Ostalb, Kontakt: Günter Busch

Ä86 Zeile 637 Breitensport fördern

vor Zeile 627 einfügen:

„Die Sportförderung des Bundes, des Landes Baden-Württemberg und seiner Kommunen fördert erstrangig den Spitzensport durch den Betrieb von Olympiastützpunkten, Bundesleistungszentren und Bundesstützpunkten mit dem Ziel, möglichst viele Medaillen bei Olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften und den Paralympics etc. zu erringen und so den Kommerz von Fernsehsendern, Sportartikelfirmen, Nahrungsergänzungsmittel-Herstellern etc. zu fördern. Weiterhin erhalten Vereine der Fußball-Profiligen, die inzwischen zunehmend –nach einer Ausgliederung –als Kapitalgesellschaften organisiert und somit profitorientierte Wirtschaftsunternehmen sind, oft hohe staatliche Unterstützung. In Karlsruhe wird bspw. aus Landes- und kommunalen Mitteln ein reines Fußballstadion für ca. 140 Mio. Euro gebaut. Der Stadionneubau des traditionsreichen Wildparkstadions ist dann –entgegen der ursprünglichen Planung –leider nicht mehr für andere Sportarten oder für Kulturveranstaltungen wie Open-Air-Konzerte verwendbar. Demgegenüber soll die für den Breiten- und Schulsport wichtige, seit Jahren kaum nutzbare Europahalle erst bis zum Jahr 2024 saniert werden. Auch erhalten die Profisparten der Profivereine Millionenkredite von der Kreditbank für Wiederaufbau (KfW). Die Förderung des Breitensports, der in vielen Amateurvereinen und auch in Strukturen außerhalb der Vereine (z.B. Lauftreffs) stattfindet, ist

demgegenüber bescheiden – in 2020 maximal 17,5 Mio. Euro für Sportstätten und -geräte. Der bürokratische Antragsaufwand für Zuschüsse zu Sportstätten, Sportgeräten und für die Übungsleiterpauschale ist gerade für kleine Vereine im ländlichen Raum hoch. Ebenfalls aus diesem Grund wurde die vom Land angebotene Corona-Hilfe für Sportvereine kaum abgerufen. Die Möglichkeit zur Teilhabe, sich in Breitensportvereinen vor Ort engagieren zu können, ist gerade in Krisenzeiten für Jung und Alt überlebenswichtig auch im Sinne der Integration, Inklusion und des solidarischen Zusammenhalts in der Gesellschaft. Auch daher muss die aktuell praktizierte Ausrichtung der Mittelvergabe durch die vorherrschende Sportpolitik von CDU, SPD und GRÜNEN grundlegend geändert werden, denn:“ dann weiter wie im Antrag Zeilen 627-636

Begründung: Der vorliegende Antrag (Stand: 29.09.2020) erklärt überhaupt nicht, dass unsere richtigen Forderungen nur dann realisiert werden können, wenn es zu einer grundlegenden Änderung der Prioritätensetzung in der Sportpolitik kommt.

KV Karlsruhe, Jürgen Creutzmann, Delegierter KV Karlsruhe zum LPT, Wolfgang Feikert, KV Karlsruhe,

Ä87 Zeile 637 Förderung auch ohne Landessportbund

in Zeile 637 ergänzen nach Amateursportvereine: „und vereinslose Träger des Breitensports“ (Hinweis zu Änderung Zeile 637: breitensportliche Angebote durch Träger, die nicht einem Verein, der dem Landessportbund angeschlossen ist, angehören, werden z.Z. überhaupt nicht gefördert.) dann weiter wie im Antrag Zeilen 638-649

KV Karlsruhe, Jürgen Creutzmann, Delegierter KV Karlsruhe zum LPT, Wolfgang Feikert, KV Karlsruhe,

Ä88 Zeile 650 Kein kommerzialisierter Profifußball

in Zeile 650 ergänzen nach bei: „nicht-profitorientierten“ in Zeile 652 ergänzen nach liegen: „Wir stehen für eine lebendige, unabhängige und kritische Fankultur und lehnen die Kommerzialisierung des Profifußballs ab.“

KV Karlsruhe, Jürgen Creutzmann, Delegierter KV Karlsruhe zum LPT, Wolfgang Feikert, KV Karlsruhe,

Ä89 Zeile 1653 Beratung Queere Flüchtlinge ausführlich

„Schutz von queeren Geflüchteten und bessere Beratung.“ ersetzen durch „Alle Geflüchteten sind proaktiv über die Rechte und den Schutz queerer Menschen in Deutschland aufzuklären. Während des gesamten Asylverfahrens müssen für queere Geflüchtete flächendeckend qualifizierte Beratungsmöglichkeiten gewährleistet sein und ihnen sichere Unterbringungsmöglichkeiten angeboten werden. Abschiebungen in Länder, in denen Menschen aufgrund ihres Geschlechts und/oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, haben zu unterbleiben.“

Begründung: Die Flüchtlingspolitik ist eine der Schwachstellen der derzeitigen Landesregierung. Dies gilt erst recht für queere Geflüchtete, die hier eines besonderen Schutzes bedürfen, weil die queerfeindlichen Bedrohungen, denen sie in ihren Herkunftsländern ausgesetzt sind, in den Flüchtlingsunterkünften nicht enden. Häufig genug sind sie dort zusammen mit ihren Verfolger*innen untergebracht. Es muss gewährleistet sein, dass in jeder Phase des Asylverfahrens für queere Belange sensibilisierte Betreuer*innen, Berater*innen und Übersetzer*innen zur Verfügung stehen. Wir als LINKE sollten kenntlich machen, dass wir diesen spezifischen Bedarf kompetent erkennen und bei einem Einzug in den Landtag Druck darauf drängen werden, die prekäre Situation queerer Geflüchteter zu verbessern.

Die von der Redaktion eingesetzte verkürzte Fassung dieser Forderung greift unserer Ansicht nach zu kurz und ist nicht geeignet, die Kompetenz der BW-LINKEN an dieser Stelle erkennen zu lassen.

Lag Queer, Matthias Ehm

Ä90 Zeile 1658 Leihmutterchaft / Reproduktionsmedizin

nach Zeile 1658: Bitte den von der Redaktion gestrichenen folgenden Absatz wieder einsetzen (als Fließtext):

„Das Land Baden-Württemberg soll sich im Bundesrat für die Anpassung des Familien- und Abstammungsrechtes an die gesellschaftlichen Realitäten einsetzen, insbesondere für die automatische Anerkennung der Elternschaften zweier Mütter, trans* und inter* Eltern sowie von mehr als zwei Eltern. Die unentgeltliche Leihmutterchaft soll in Deutschland allen Personen rechtlich ermöglicht und alle reproduktionsmedizinischen Maßnahmen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.“

Begründung: Die Abschaffung des Transsexuellengesetz und die Anpassung des Familienrechts sind zwei der dringendsten queerpolitischen Forderungen. Die LINKE BW sollte signalisieren, dass sie diese

Forderungen im Blick hat und Druck auf die künftige Landesregierung ausüben wird, über den Bundestag entsprechende Gesetzesinitiativen einzubringen.

Lag Queer, Matthias Ehm

Ä91 Zeile 1734 Transgender Diskriminierung

Zeile 1734/35: „Queere Geflüchtete werden zusätzlich zu ihrer Herkunft auch aufgrund ihrer sexuellen Identität ausgegrenzt.“ bitte ergänzen um „und/oder ihres Geschlechts“, so dass der Satz wie folgt lautet: „Queere Geflüchtete werden zusätzlich zu ihrer Herkunft auch aufgrund ihrer sexuellen Identität und/oder ihres Geschlechts ausgegrenzt.“

Begründung: Auch transsexuelle, transgender und intersexuelle Menschen werden diskriminiert.

Lag Queer, Matthias Ehm

Ä92 Zeile 1805 Rassist*innen

„Rassisten und Faschisten keinen Raum bieten“ ersetzen durch „Rassist*innen und Faschist*innen keinen Raum bieten“.

Begründung: Die LAG queer BW freut sich außerordentlich, dass bereits in den Entwürfen überwiegend geschlechtergerecht formuliert und hierbei berücksichtigt wurde, dass es mehr als nur zwei Geschlechter (männlich/weiblich) gibt. Allerdings muss dieses Prinzip auch dann konsequent angewendet werden, wenn es aus der Komfortzone herausgeht.

Denn die einseitige Zuschreibung von schlechten Gesinnungen und Handlungen auf das männliche Geschlecht bestätigt leider sprachlich genau die patriarchalen Machtgefüge, die wir als aufgeklärte und feministische LINKE durchbrechen wollen. Wenn wir immer nur von „Faschisten, Rassisten, Spekulanten, Aktionären“ schreiben, also von Männern als Machthabern, aktiv Handelnden und Tätern, schreiben wir implizit den Frauen* einseitig Ohnmacht, Passivität und die Opferrolle zu. Genau so etwas zu verhindern, ist das Anliegen von geschlechtergerechter Sprache. Sie muss aber auch konsequent angewendet werden, also auch dort, wo unschöne Wahrheiten zu verkraften sind: Rassismus und Faschismus sind keine exklusiven Männer-Domänen (vgl. Alice Weidel, Beatrix von Storch, Erika Steinbach usw.). Es gibt üble Menschen in allen Geschlechtern.

Lag Queer, Matthias Ehm

Ä93 Zeile 173-175 Rekommunalisierung Krankenhäuser

Text Entwurf:

Deswegen engagieren wir uns für die Rekommunalisierung von Krankenhäusern, für mehr sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbau und fordern die Überführung von Schlüsselindustrien in demokratische Eigentumsformen.

Text neu:

Deswegen engagieren wir uns für die Rekommunalisierung von Krankenhäusern, für mehr sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbau und fordern die Überführung aller Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in öffentliche Trägerschaften.

Begründung:

Es geht in diesem Absatz um linke Alternativen zur Corona bedingten Wirtschaftskrise. Die Veränderung von Eigentumsformen von Schlüsselindustrien ist keine kurzfristig zu realisierende Maßnahme. Um welche Industrien soll es sich denn handeln? Sind Dienstleistungen nicht gemeint? Welche demokratischen Eigentumsformen sollen z.B. Daimler oder Lidl erhalten? Es gibt zu viele ungeklärte Fragen, um so eine weitreichende Forderung in ein Landtagswahlprogramm aufzunehmen.

Wird eingebracht von DIE LINKE. Kreisverband Ostalb, DIE LINKE. Kreisverband Reutlingen, DIE LINKE. Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Kontakt: Justin Niebius (justin@niebius.com)

Ä94 Zeile 2208-2209 Existenzgründungen erleichtern

Text Entwurf:

Existenzgründung erleichtern: Existenzgründungszentren und Beratungsstellen für die Gründung von Start-ups sollen landesweit ausgebaut werden. Ein öffentlicher Wagniskapitalfond fördert innovative Start-ups und sorgt für Unternehmensanteile, die soziale Kriterien sicherstellen.

Text neu:

Existenzgründung erleichtern: Existenzgründungszentren und Beratungsstellen für die Gründung von Start-ups sollen landesweit ausgebaut werden. Ein öffentlicher Wagniskapitalfond fördert innovative Start-ups, wenn diese gemeinwohlorientierten Zwecken wie dem sozialökologischen Umbau dienen“.

Begründung:

Nicht jedes Start-up sollte aus linker Perspektive gefördert werden. Auch Innovationen sollten gesteuert werden und staatliche Förderungen auf einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen abzielen.

Wird eingebracht von DIE LINKE. Kreisverband Ostalb, DIE LINKE. Kreisverband Reutlingen, DIE LINKE. Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Kontakt: Justin Niebius (justin@niebius.com)

[Ä95 Zeile 825-826: Tempobegrenzung auf Landesstraßen / innerstädtisch](#)

Text Entwurf:

Beim Straßenverkehr wollen wir uns für eine Tempobegrenzung von 80 km/h auf Landesstrassen und 30 km/Stunde in den Städten einsetzen.

Text neu:

Beim Straßenverkehr wollen wir uns für eine Ausdehnung der Tempobegrenzung von 80 km/h auf Landesstrassen und 30 km/Stunde in den Städten einsetzen.

Begründung:

Die Straßen sind sehr unterschiedlich ausgebaut. Auf vierspurigen Landesstrassen ist Tempo 80 gegenüber Tempo 100 jetzt weder ökologisch noch von der Sicherheit her begründbar. Das gleiche gilt für innerstädtische, gut ausgebaute Ausfall- und Durchgangsstraßen, auf denen jetzt 50, 60 oder gar 70 km/h gelten. Deshalb wollen wir eine Tempobegrenzung, insbesondere aus Lärmschutzgründen, aber differenziert und nicht pauschal für alle Straßen.

Wird eingebracht von DIE LINKE. Kreisverband Ostalb

und unterstützt von DIE LINKE. Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

[Ä96 Zeilen 12-84: Überarbeitung Einleitung](#)

Änderungen sind fett/kursiv:

12 ***Einleitung***

14 Liebe ***Wahlberechtigte***,

15

16 alle Menschen, die in Baden-Württemberg leben, lernen und arbeiten, sollen ***in gleichem***

17 ***Maß*** am gesellschaftlichen Leben ***substanziell*** teilhaben können. Das ist das Ziel linker Politik und diese

18 fehlt im Stuttgarter Landtag ***bisher völlig***. DIE LINKE Baden-Württemberg ist im Deutschen Bundestag mit

19 sechs Abgeordneten vertreten und in vielen Gemeinderäten und Kreistagen im Südwesten

20 aktiv. Bei dieser Landtagswahl wollen wir nun den Sprung in den Landtag schaffen, ***um*** dort

21 die politischen Gewichte nach links ***zu*** verschieben.

22

23 Die Corona-Krise hat wie ein Brennglas offenbart, was schon vorher falsch gelaufen ist: die

24 Schere zwischen Arm und Reich klappt weiter auseinander, zehntausende Beschäftigte

25 werden auf Kurzarbeit gesetzt oder ihnen wurde gekündigt und sie sind arbeitslos. ~~*Wir*~~

26 ~~*fordern deswegen Kurzarbeit statt Entlassung.*~~

27

28 Verlierer*innen in der Krise sind kleine Gewerbetreibende, Familien und hier speziell

29 Alleinerziehende, Studierende, Kulturschaffende und Menschen mit wenig Einkommen.

30 Gewonnen an der Krise ~~*haben*~~ ***hat*** hingegen ***die klima- und arbeitnehmer*innenfeindliche E-***

Commerce-Branche mit Konzernen wie Amazon. ***Auch Schüler*innen und Eltern werden im Corona-***

Chaos völlig allein gelassen wurden. Die soziale Schere durchschneidet ungehindert gut

ausgestattete/organisierte Haushalte und bildungsferne Haushalte, häufig ohne digitale Infrastruktur.

Ein Desaster ohnegleichen! Sie bekommen mit

31 ~~*Landesförderung und Steuersparmodellen den roten Teppich in neue Geschäftsbereiche*~~

32 ~~*ausgerollt.*~~ ***Laufende arbeitnehmer*innenfeindliche Umstrukturierungsprozesse werden beschleunigt***

und dabei bisweilen wie bei der Lufthansa auch noch subventioniert. Gewonnen haben auch

Großaktionäre, die sich trotz Wirtschaftsflaute hohe

33 *Dividenden auszahlen lassen .*

34

35 Die Klimakrise stellt uns *vor* enorme Herausforderungen. Nur wenige Jahre bleiben noch, um
 36 das Pariser Klimaschutzziel von 1,5°C einzuhalten. Statt die Krise der Autoindustrie für eine
 37 ökologische Verkehrs- und Energiewende zu nutzen, hält die grün-schwarze Landesregierung
 38 weiter an der Subventionierung des Verbrennungsmotors fest. (Streichen + umstellen:) *Sie unterstützt*
 39 *Waffengeschäfte zudem ausbeuterische Lieferketten, klimaschädliche Produkte. Wir sagen:*
 40 *Industrie und Wirtschaft müssen den Menschen dienen, nicht den maximal möglichen*
 41 *Profiten.* Unverkäufliche Autos stehen zu zig-Tausenden auf Halde während *z.B.* moderne Züge
 42 fehlen. Die Zukunft in Baden-Württemberg hängt weder am Diesel noch *allein* am Elektroauto,
 43 sondern am Ausbau des öffentlichen Verkehrs und an umweltfreundlichen Produkten. Wir
 44 haben nur noch wenige Jahre, um die Klimakrise abzuwehren. *Und wenn der Wandel der Mobilität*
nicht aktiv von Konzernen, Gewerkschaften und dem Land gestaltet wird, kommt er unregelt und wird
zigtausende Arbeitsplätze zerstören. Dann könnte Stuttgart das neue Detroit werden. Das müssen wir
verhindern. Nur DIE LINKE fordert: Es muss jetzt gehandelt
 45 *werden! Die grün-schwarze Landesregierung unterstützt Waffengeschäfte, ausbeuterische*
Lieferketten und klimaschädliche Produkte. Wir sagen: Industrie und Wirtschaft müssen den Menschen
dienen, nicht den maximal möglichen Profiten.

46

47 Nutzen wir also die Erfahrungen aus der Corona-Krise, um uns als Land *ökologischer und*
 48 *sozial* gerechter aufzustellen – oder bleibt alles beim *Alten*? Viele Menschen haben während
 49 dem Lockdown solidarisch zusammengestanden und es gab eine breite *Diskussion Auseinandersetzung*,
 was
 50 wirklich wichtig ist und welche Arbeiten eine Gesellschaft am meisten braucht. Doch
 51 während die Regierenden sich aufs Applaudieren beschränkten, blieben die Pflegekräfte,
 52 Erzieher*innen, Busfahrer*innen und Kassierer*innen weiterhin schlecht bezahlt.

53

54 Corona hat die soziale Ungleichheit verschärft. *Wir* LINKE haben (streichen wg. Umstellung: *wir*) uns
 für einen sozialen
 55 und solidarischen Weg aus der Krise stark gemacht. Wir haben Druck in den Städten und
 56 Gemeinden gemacht, um soziale Hilfen für die Menschen schnell auf den Weg zu bringen.
 57 Diesen Weg wollen wir auch im Land beschreiten. *Dafür brauchen wir jetzt jede Stimme.*

58

59 Wir stehen für ein Baden-Württemberg, das niemanden zurücklässt. Dafür arbeiten wir mit
 60 sozialen Verbänden, mit Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Bündnissen zusammen. Wir
 61 sind vor Ort im Austausch mit den Betroffenen und kennen ihre Lebenswirklichkeiten. *Diese*
 62 *wollen* wir in den Landtag tragen und dort Sprachrohr für den sozial-ökologischen *Widerstand*
 63 und Wandel sein. ~~*Mehr noch, Wir*~~ werden soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit
 64 und demokratische Mitbestimmung im Landtag in konkreten Gesetzesinitiativen umsetzen.
 65 *Vor allem muss* für Frauen, die im Durchschnitt 25 % niedrigere Einkommen haben
 66 als Männer, gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit *durchgesetzt werden.*

67

68 Die grün-schwarze Landesregierung macht Politik für *Besserverdienende*, versagt aber ~~*völlig*~~
 69 bei Menschen in den unteren Einkommensschichten. Fehlanzeige beim sozialen
 70 Wohnungsbau und es fehlt der ticketfreie Weg zu Schule, Ausbildung und Studium, *es* gibt
 71 keine gebührenfreien Kitas und das Land bildet seit Jahren zu wenig Erzieher*innen und
 72 Lehrer*innen aus. Gespart wird wieder am *völlig* falschen Ende: im Gesundheitswesen, bei
 73 Krankenhäusern, Schulen und Kitas, beim öffentlichen Verkehr.

74

75 Diese *grün-schwarze* Landesregierung hat *gegen die* Menschen ~~*vorbei*~~ regiert. Deshalb braucht es *DIE*
LINKE im Landtag *von Baden-Württemberg. Damit die* Rassisten *nicht durchkommen* und ~~*für*~~ eine
 humane

77 Geflüchtetenpolitik *durchgesetzt werden kann.* Wir stehen für eine Umverteilung von oben nach
 78 unten und werden an der Seite der Gewerkschaften und der abhängig Beschäftigten, die von
 79 Entlassung bedroht sind, um den Erhalt der Arbeitsplätze kämpfen. Wir scheuen keinen

80 Konflikt mit (umstellen:) **Konzerninteressen und** Superreichen und fordern ~~eine Millionärssteuer~~ jetzt eine Sonderabgabe für Milliardäre, **um die ökonomischen Folgen der Coronakrise zu bewältigen und darüber hinaus eine Millionärssteuer, um**

81. ~~Damit wollen wir~~ die Kommunen finanziell bei der

82 Krisenbewältigung **zu** unterstützen.

83

84 Dafür bitten wir um ~~Euer Vertrauen~~ **Eure Unterstützung** und Eure Stimmen **bei dieser Landtagswahl am 13.März 2021!**

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä97 Zeile 403: Sozialer Wohnungsbau

Zeile 403: „... des kommunalen Wohnungsbestands, *fehlender Bestandserweiterungen der klassischen Wohnungsbaugenossenschaften und v.a. der Einstellung des Sozialen Wohnungsbaus. Dadurch sinkt die Zahl der Sozialwohnungen kontinuierlich stark.*“

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä98 Zeile 424: Mietpreise von niemandem bezahlbar

Zeile 424: ~~von den kleinen und mittleren Einkommen.~~ Begründung: betrifft auch höhere Einkommen.

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä99 Zeile 417: der freie Markt löst das Mietenproblem nicht

Z. 417ff: Wohnen ist ein Grundrecht! [alles dazwischen streichen, Z. 418-422] Der freie Markt wird und kann das Mietenproblem nicht lösen.

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä100 Zeile 447: Wohnungsbaufördermittel / Zuschüsse

Z. 447f.: Ergänzen: "Dabei sollen hohe verlorene Zuschüsse im Vordergrund stehen."

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä101 Zeile 454: keine Zwangsräumungen

Ergänzen: "DIE LINKE setzt sich grundsätzlich dafür ein, dass es keine Zwangsräumungen gibt." (nach Z. 454 einfügen)

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä102 Zeile 669: NOx nicht wichtiger als CO2

Zeile 669: „... gehört ~~besonders~~ auch die Stickstoffeinträge ... zu verringern.“ Begründung: Es liest sich so, als seien NOx-Gase wichtiger als der Klimakiller CO2.

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä103 Zeile 670: Verdeutlichung welche Gifte

Zeile 670: Ändern in: „Umweltgifte, ~~die das Artensterben beschleunigen, wie z.B. Glyphosat, welche zum Artensterben unserer Fauna und insbesondere unserer Insektenwelt beitragen, wollen wir verbieten ...~~“

Begründung: Deutliche Formulierung, um was es hier konkret geht.

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä104 Zeile 675: Industrieinteressen schaden dem Klima

Zeile 675f.: Ändern in: „Die grün-schwarze Landesregierung lässt sich hier aber lieber von der (Auto-)Industrie bei der Ausgestaltung der Klimaschutzmaßnahmen beraten, wodurch Industrieinteressen umgesetzt werden, die im Ergebnis bekanntermaßen wenig Klimaschutz beinhalten.“

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä105 Zeile 686: redaktionell: Rohrkrepierer / Feigenblatt

Zeile 686: „... wird immer mehr zum Rohrkrepierer“ besser: „... *entpuppt sich immer mehr als Feigenblatt.*“

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä106 Zeile 713: mehr Förderung für regenerative Energien

In den Forderungskatalog nach Zeile 713 aufnehmen:

„DIE LINKE fordert, dass staatliche Forschungseinrichtungen mit dem Schwerpunkt regenerative Energieträger und Umwelttechnik eine höhere staatliche Förderung erhalten sollen.“

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä107 Zeile 746: weniger Vorrang fürs Auto

Zeile 746: „... gestalten können, wird dem Auto steuerlich, planerisch und verkehrsrechtlich noch immer Vorrang vor anderen Verkehrsmitteln gewährt. Außerdem zwingen ...“

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä108 Zeile 779 und 786: Nulltarif statt kostenlos/fahrscheinlos

Zeilen 779 und 786: weder kostenlos noch fahrscheinlos, sondern „zum Nulltarif“. Denn sowohl kostenlos als auch fahrscheinlos können missverständlich sein

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä109 Zeile 796: auch auf dem Neckar :-)

Zeile 796: statt „z.B. auf dem Rhein“ besser „auf dem Neckar und dem Rhein“

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä110 Zeilen 785 ff: Ridesharing und Car-Sharing-Betreiber fördern

In den Forderungskatalog S. 18 mit aufnehmen:

- Ridesharing als günstige Alternative zum ÖPNV fördern oder als Teil des ÖPNV anbieten
- Kostenlose Reservierung von öffentlichem Parkraum für Car-Sharing-Betreiber

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä111 Zeile 1052: Landesfördermittel für Gesundheitszentren

Nach Zeile 1052 einfügen: „... betrieben werden. Um entsprechende Beschlüsse und die Einrichtungen in den Kommunen zu erleichtern, sind Landesfördermittel notwendig.“

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä112 Zeile 1314: Qualitätsrichtlinien für Ganztagsbetreuung

Zeile 1314: Ergänzung nach „... Ganztagsschulen ein.“: „Da in der Praxis ein Ausbau zur Ganztagschule von der Beschlussfassung bis zur Umsetzung mehrere Jahre dauert, sind für die Angebote der derzeitigen kommunalen und freien Träger verbindliche Qualitätsrichtlinien für die Ganztagsbetreuung der Grundschulkinder zu entwickeln.“

DIE LINKE. KV Mannheim

Ä113 Zeile 1671: Menschen mit Behinderung in die Mitte der Gesellschaft holen

Zeile 1671: Ergänzen: „Obgleich für einen Großteil der Menschen mit Behinderung, viele Hindernisse beseitigt wurden und ihnen somit gesellschaftliche Teilhabe möglich ist, gibt es immer noch eine Minderheit, die in einer Parallelwelt lebt. Für diese Minderheit wurden zwar in Sondereinrichtungen bessere Bedingungen geschaffen, jedoch führt dies auch häufig an den Rand der Gesellschaft.“

DIE LINKE. KV Mannheim

Änderungen zu sonstigen Anträgen

Ersetzungsantrag durch den Antragsteller

Antrag P1 (Neu): Digitale Vernetzung in der Partei ermöglichen

Der Landesparteitag möge beim Bundesparteitag beantragen, dass die Bundespartei die Kreis- und Landesverbände bei der digitalen Vernetzung unterstützt und verstärkt Möglichkeiten zur Digitalisierung prüft. Es ist zu prüfen, inwieweit innerhalb der Partei bereits digitale Werkzeuge zur Organisation von

Aktionen, Infoständen oder Wahlkampfplakatierungen bestehen und gegebenenfalls für die Kreis- und Landesverbände nutzbar gemacht werden können.

Ebenso soll beim Bundesparteitag beantragt werden, dass in der Bundesgeschäftsstelle ein*e Ansprechpartner*in „Digitales“ als Kontaktperson für die Kreis- und Landesverbände zur Unterstützung der digitalen Parteiarbeit benannt wird.

Begründung:

In Zeiten der Pandemie, aber auch darüber hinaus, zeigt sich, wie wichtig die Digitalisierung geworden ist. Auch wir als Partei wurden und werden in Zeiten der Corona-Krise vor neue Herausforderungen gestellt. Von regulären Diskussionsrunden, über die Einbindung neuer Mitglieder, bis hin zum Wahlkampf, Vieles musste mit Rücksicht auf den Infektionsschutz in diesem Jahr auf digitaler Basis stattfinden. Zahlreiche Kreisverbände standen dadurch vor einer nahezu unlösbaren Aufgabe. Nicht überall waren und sind die nötigen digitalen Kenntnisse vorhanden, weshalb die politische Arbeit massiv eingeschränkt wurde. Besonders weil nicht absehbar ist, wie sich das Infektionsgeschehen in den kommenden Monaten und Jahren weiterentwickeln wird, werden wir in unserer politischen Arbeit kaum mehr um den digitalen Raum herumkommen. Die Landesverbände und die Gliederungen der Landesparteien sollten hierfür bestmöglich unterstützt werden.

Des Weiteren gibt es bereits heute digitale Werkzeuge, die den Aktiven vor Ort die Arbeit massiv erleichtern können – egal ob bei der Organisation von Infoständen, Straßenaktionen oder schlicht und einfach der Dokumentation der Wahlkampfplakatierung. Hier gab es bereits erste Schritte, auf denen gegebenenfalls aufgebaut werden könnte (vgl. die App „Partisanin“, LV Sachsen).

Kontaktperson: Moritz Kenk, Antragssteller: forum demokratischer sozialismus Baden-Württemberg, Moritz Kenk